

NACHRICHTEN

Krummenacher tritt zurück

**KANTONSRAT** red. **Martin Krummenacher** (49), Kantonsrat der SP aus Willisau, hat gestern seinen Rücktritt per Ende der Dezembersession bekannt gegeben. Krummenacher wurde 2010 ins Kantonsparlament gewählt. Gemäss den Wahlen vom März dürfte **Sara Agner**, Dagmersellen, den Sitz erben. Sie hat damals das zweitbeste Ergebnis hinter Krummenacher erzielt.

Vandalen zerkratzen Autos

**RUSWIL** red. In der Nacht von Samstag auf Sonntag haben Unbekannte im Gebiet Under Neuhaus und Südhalde neun parkierte Autos beschädigt. Sie ritzen auf die Motorhaube, das Fahrzeugdach oder die Türe Herzen ein, wie die Luzerner Polizei mitteilt. Der Sachschaden dürfte mehrere tausend Franken betragen. Die Luzerner Polizei sucht Zeugen. Hinweise an Telefon 041 248 81 17.

BDP sagt Nein zu Volksinitiativen

**KANTON** red. Am 15. November befinden die Luzerner Stimmbürger über zwei Volksinitiativen: «Kinder fördern – Eltern stützen, Ergänzungsleistungen für Familien» und «Für eine gerechte Aufteilung der Pflegefinanzierung». Für beide hat die BDP die Nein-Parole beschlossen, teilt die Partei mit. Die erste Initiative führe zu einer schwer abschätzbaren Kostensteigerung. Das zweite Begehren bringe keine Verbesserung gegen die zunehmenden Ausgaben im Pflegebereich mit sich.

Komitee gegen Geldleistungen

**ABSTIMMUNG** red. Auf eine Ablehnung der Volksinitiative «Kinder fördern – Eltern stützen, Ergänzungsleistungen für Familien» pocht das neue Komitee «Gegen ungerechtfertigte Geldleistungen». Gemäss einer Mitteilung gehören dem überparteilichen Komitee drei Kantonsrätinnen an: **Marlis Roos Willi**, Geiss (CVP), **Angela Pfäffli**, Grosswangen (FDP) und **Michèle Graber**, Udligenswil (GLP). Sie halten die Kosten der neuen Sozialleistung nicht für finanzierbar.

Dokumente bleiben geheim

**KANTONSRAT** Transparenz in der Verwaltung gibt es beim Bund und in 18 Kantonen. Nicht aber in Luzern. Die bürgerlichen Parteien stellten sich geschlossen hinter das Geheimhaltungsprinzip.

ALEXANDER VON DÄNIKEN alexander.vondaeniken@luzernerzeitung.ch

Während das Baugerüst an der Jesuitenkirche in Luzern abgebaut wird, hat das Parlament gestern nebenan beschlossen, dass die kantonale Verwaltung verhüllt bleibt: Mit 87 zu 28 Stimmen entschied der Kantonsrat, nicht auf die Botschaft zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips einzutreten. Die Fronten waren klar: Grüne, SP und Grünliberale votierten für eine Abkehr



vom aktuellen Geheimhaltungsprinzip, die bürgerlichen Parteien geschlossen dagegen. Damit war auch das Resultat absehbar. Der bürgerlichen Mehrheit im Rat ging die Meinung der Staatspolitischen Kommission voraus, welche das Prinzip zur Ablehnung empfohlen hatte. Grundsätzliche Vorbehalte gegen das Öffentlichkeitsprinzip habe es in der Kommission aber nicht gegeben, sagte deren Sprecherin Andrea Gmür (CVP, Luzern). Offen war nur, ob sich das Parlament auf eine Debatte einlässt.

**SVP: «Aus Fehlläufen lernen»**

**Nadia Furrer** (Hochdorf) erklärte bei der Eintretensdebatte namens der **SVP-Fraktion**, dass der Kanton mit dem Öffentlichkeitsprinzip noch zuwarten soll, «um aus den Fehlläufen des Bundes und der anderen Kantone zu lernen». Zudem seien hohe Kosten zu befürchten, die nicht abzuschätzen seien. Die SVP werde auf das Geschäft nicht ein-

treten. Genauso die **CVP**, wie Kantonsrätin **Priska Galliker** (Sursee) sagte: «In den letzten Jahren hat der Kanton in seinem Kommunikationsverhalten Quantensprünge gemacht.» Die Verwaltung sei im Internet präsent. Ein Mantelerlass mit Änderungen in acht Gesetzen sei darum nicht nötig.

**FDP-Kantonsrätin Irene Keller** (Vitznau) kritisierte die unklaren Kostenfolgen. Diese seien «das Tüpfchen auf dem i» neben anderen zwei Gegenargumenten: «Wir wollen keine unnötigen Gesetze. Und wir wollen keine zusätzliche Bürokratie.» Darum wolle auch die FDP-Fraktion nicht auf das Geschäft eintreten.

**SP: «Misstrauensvotum»**

Diese grundlegend ablehnende Haltung der bürgerlichen Parteien stiess den Ratslinken sauer auf. «Damit wird bei den Menschen das Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung gestärkt», wettete etwa **SP-Kantonsrätin Fiona Schär** (Luzern). Gerade die Korruptionsaffäre beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) habe gezeigt, wie wichtig das Öffentlichkeitsprinzip sei. «Ohne das Prinzip wäre die Seco-Affäre nie ans Licht gekommen.» Ausserdem seien die Kosten überschaubar, wie Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen würden. «Und die Luzerner Lösung beschränkt sich erst noch auf das Minimalste.»

Dem stimmte **Grüne-Kantonsrat Hans Stutz** (Luzern) zu. Er betonte, dass das Öffentlichkeitsprinzip rechtsstaatlich besser ist als die jetzige Lösung: «Wird ein Gesuch auf Einsicht in ein Dokument abgelehnt, kann der Betroffene diesen Entscheid anfechten.» Die ablehnende Haltung der bürgerlichen Parteien beruhe auf «Angst, die Informationsprivilegien zu verlieren». Stutz warb für seinen Antrag, entgegen der Staatspoli-



«Der Kanton hat in seinem Kommunikationsverhalten Quantensprünge gemacht.»

PRISKA GALLIKER, KANTONSRÄTIN CVP



«Augen zu und durch. Das scheint die Devise zu sein.»

DAVID ROTH, KANTONSRAT SP

tischen Kommission auf das Geschäft einzutreten.

**GLP: Für Preisschild zu günstig**

Denn «die Zeit ist überreif», wie auch **GLP-Kantonsrätin Claudia Huser** (Luzern) anmerkte. Die vorliegende Botschaft sei schlank und unspektakulär. Das sei auch der Grund, weshalb ein Preisschild fehle: Die vorliegende Lösung sei günstig. Ausserdem könne Huser nicht nachvollziehen, dass mit der SVP jene Partei gegen das Prinzip

sei, die mittels Vorstössen mehr Fakten über die geplante Abschaffung der Fachklasse Grafik wolle und die Kommunikation des Bildungsdepartements kritisiere. Diesen Ball nahm **Grüne-Kantonsrat Michael Töngi** (Kriens) auf: «Auch die CVP hinterfragt die Informationspolitik der Regierung.» Nun biete sich die Chance, etwas zu ändern. **SP-Kantonsrat und -Kantonalpräsident David Roth** (Luzern) attestierte den bürgerlichen Parteien «eine arrogante Haltung»: «Augen zu und durch. Das scheint die Devise zu sein.»

**Ungemütliche Rolle für Winiker**

Den Ansatz zu dieser Devise zeigte in seinem Votum auch **Regierungsrat Paul Winiker**. Einerseits vertrat er im Namen des Gesamtregierungsrats die Meinung, auf das Geschäft einzutreten. Andererseits hat er im Sommer als SVP-Mitglied das Geschäft von seiner Vorgängerin Yvonne Schärli (SP) in der Justiz- und Sicherheitsdirektion übernommen. Entsprechend nüchtern erklärte er, dass die Öffentlichkeit nicht der Gegenspieler der Verwaltung sei. Eine offene Verwaltung gehöre zu einer modernen Informationsgesellschaft. «Ausserdem sind viele offene Fragen bereits in der Verordnung geregelt, welche im Entwurf vorliegt.»

Sowohl der Verordnungsentwurf als auch der Mantelerlass zu den Gesetzesänderungen verkommen in der Abstimmung zur Makulatur – fast fünf Jahre nachdem das Parlament eine Motion zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips für teilweise erheblich erklärt hatte.

In der Luzerner Verwaltung gilt somit nach wie vor das Geheimhaltungsprinzip: Amtliche Dokumente werden – wenn überhaupt – nur gegen eine Begründung herausgegeben. Derweil haben die Bürger auf der Stufe Bund und in 18 Kantonen einen unkomplizierten Zugriff auf amtliche Dokumente.



Öffentlichkeitsprinzip: Wer wie abgestimmt hat, sehen Sie unter [www.luzernerzeitung.ch/bonus](http://www.luzernerzeitung.ch/bonus)



Willisauer Knacknuss für Politiker

Der Luzerner Kantonsrat hat sich gestern Nachmittag im Anschluss an die teils hitzigen Debatten der Novembersession auf einen Ausflug nach Willisau begeben. In der Rathausbühne, dem ältesten barocken Theatersaal im Kanton, zeigte Stadtführer Willi Korner (vorne rechts) unter anderem, wie man ein Willisauerringli mit dem Ellbogen vierteilt. Nach der Theorie durften die Parlamentarier ihr neu gewonnenes Wissen dann auch in der Praxis ausprobieren.

Bild Dominik Wunderli

Alle Mitglieder wiedergewählt

**SCHÄTZUNGSKOMMISSION** red. Für die verkürzte Amtsdauer 2016 bis 2018 haben die 115 anwesenden Kantonsräte sämtliche bisherigen Mitglieder der Schätzungskommission wiedergewählt. Es sind dies **Peter Heggli**, Ebikon (CVP), **Kurt Lang**, Hellbühl (SVP), **Karl Melchior Ronner**, Triengen (SVP), **Alois Scherrer**, Zell (CVP), **Renzo Testorelli**, Luzern (SP), und **Hans Zimmermann**, Nottwil (FDP). Auch die bisherigen Ersatzmitglieder wurden bestätigt: **Moritz Bachmann**, Luzern (SVP), **Christoph Geiser**, Grosswangen (FDP), **Hans-Urs Hengartner**, Luzern (CVP), **Anton Schmid**, Schüpfheim (FDP), und **Werner Schmid**, Luzern (SVP).

Nein zu einem Nachtragskredit

**BUDGET 2015** nus. Die Dienststelle Landwirtschaft und Wald hat für das aktuelle Jahr kein Geld für die Bekämpfung der Bakterienkrankheit Feuerbrand bei Obstkulturen budgetiert. Den dafür beantragten Nachtragskredit in der Höhe von 125 000 Franken muss die Dienststelle nun intern wettmachen – der Kantonsrat lehnte den Kreditantrag gestern mit 86 zu 25 Stimmen deutlich ab. Die Mehrheit argumentierte, eine Kompensation sei bei einem Globalbudget von 24,3 Millionen möglich.

Ja sagte das Parlament dagegen zu Nachtragskrediten bei der sozialen Sicherheit (12,9 Millionen) und bei der öffentlichen Ordnung (0,7 Millionen). Die Mehrkosten entsprechen 0,4 Prozent des Gesamtaufwands von 3,6 Milliarden Franken.

NEUE LUZERNER ZEITUNG

IMPRESSUM

Herausgeberin: Neue Luzerner Zeitung AG, Maihofstrasse 76, Luzern. Verleger Erwin Bachmann, Präsident des Verwaltungsrates, E-Mail: [leitung@lzmedien.ch](mailto:leitung@lzmedien.ch)

Verlag: Jürg Weber, Geschäftsleiter; Ueli Kaltenrieder, Lesemarkt; Edi Lindegger, Werbemarkt.

Ombudsmann: Andreas Z'Graggen, [andreas.zgraggen@luzernerzeitung.ch](mailto:andreas.zgraggen@luzernerzeitung.ch)

Redaktionsleitung Neue Luzerner Zeitung und Regionalausgaben: Chefredaktor: Thomas Bornhauser (Trib), S.v. Chefredaktoren: Dominik Buholzer (bu, Leiter Zentralschweiz am Sonntag und überregionale Ressorts); Jérôme Martinu (jm, Leiter regionale Ressorts/Reporterpool), Kanton: Lukas Nussbaumer (nus), Gruppe Gesellschaft und Kultur; Arno Renggli (are), Sport; Andreas Ineichen (ain); Leiter Gestaltung und Produktion: Sven Gallinelli (sg), Visuel-Blattmacher; Co-Leiterin Newsdesk: Andréa Getzmann (ast); Leiter Regionalteil Zentralschweiz am Sonntag: Pascal Imbach (pi); Online: Robert Bachmann (ba).

Ressortleiter: Politik: Kari Kälin (kä, Schweiz), Aleksandra Mladenovic (mla, Ausland); Wirtschaft: Roman Schenkel (rom); Stadt/Region: Robert Knobel (rk); Kanton Luzern: Lukas Nussbaumer (nus); Sportjournal: René Leupi (le); Kultur/Dossier: Arno Renggli (are); Piazza: Hans Graber (hag); Apero/Agenda: Regina Gräter (reg); Foto/Bild: Lene Horn (LH).

Adresse und Telefonnummern:

Maihofstrasse 76, Postfach 3351, 6002 Luzern. Redaktion: Telefon 041 429 51 51, Fax 041 429 51 81, E-Mail: [redaktion@luzernerzeitung.ch](mailto:redaktion@luzernerzeitung.ch)

Abonnemente und Zustelldienst: Telefon 041 429 53 53, Fax 041 429 53 83, E-Mail: [abo@lzmedien.ch](mailto:abo@lzmedien.ch)

Billettverkauf: Tel. 0900 000 299 (60 Rp./Min.).

Anzeigen: LZ Corner, Pilatusstrasse 12, 6003 Luzern, Telefon 041 429 52 52, Fax 041 429 59 69, E-Mail: [inserate@lzmedien.ch](mailto:inserate@lzmedien.ch). Postadresse: NZ Media Solutions AG, Maihofstrasse 76, 6002 Luzern. Für Todesanzeigen an Sonn- und Feiertagen (bis 16 Uhr): E-Mail: [traueranzeigen@lzmedien.ch](mailto:traueranzeigen@lzmedien.ch) oder Fax 041 429 51 46.

Auflage: Verbreitete Auflage: 124 355 Exemplare; verkaufte Auflage: 121 596 Exemplare (provisorische Beglaubigung). Abonnementspreis: 12 Monate für Fr. 441.–/6 Monate Fr. 228.50, 12 Monate nur E-Paper Fr. 368.– (inkl. MWST).

Technische Herstellung: LZ Print/Neue Luzerner Zeitung AG, Maihofstr. 76, Postfach, 6002 Luzern, Tel. 041 429 52 52, Fax 041 429 52 89.

Die irgendwie geartete Verwertung von in diesem Titel abgedruckten Anzeigen oder Teilen davon, insbesondere durch Einspeisung in einen Online-Dienst, durch dazu nicht autorisierte Dritte ist untersagt. Jeder Verstoß wird gerichtlich verfolgt.